

Zubringer: Grosser Rat spricht Geld

VERKEHR Das Kantonsparlament sendet ein Signal an den Bund und spricht 2,1 Millionen Franken für ein Vorprojekt für den geplanten Autobahnzubringer Oberaargau. Das heisst jedoch noch lange nicht, dass die Strasse auch wirklich gebaut wird.

Der Autobahnzubringer Oberaargau würde, sollte er denn jemals realisiert werden, rund 170 Millionen Franken kosten. Bei einer prognostizierten Kostenungenauigkeit von plus/minus 30 Prozent könnten es aber auch 221 Millionen sein. Bei solchen Dimensionen erscheinen die Summen, über die gestern der Grosse Rat diskutierte, beinahe vernachlässigbar: 2,1 Millionen Franken beantragte der Regierungsrat für die Erarbeitung eines Vorprojekts für die Zubringerstrasse. Das Geld soll unter anderem eingesetzt werden, um aufzuzeigen, wie das Projekt etappiert werden könnte und welche Massnahmen zum Schutz der Umwelt realisierbar wären.

Nun ist es jedoch so, dass der Kanton Bern eine andere finanzielle Ausgangslage hat als der Bund und 2,1 Millionen in Zeiten von Sparprogrammen durchaus ins Gewicht fallen. Entsprechend engagiert fiel die gestrige Debatte im Rathaus zu Bern aus. Mit dem Resultat, dass der Kredit für den Autobahnzubringer Oberaargau in der Schlussabstimmung mit 108 gegen 36 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt wurde. Ebenso deutlich winkte der Grosse Rat einen Kredit von 3,6 Millionen Franken für den Autobahnzubringer Emmental durch.

Das Ergebnis beinhaltet die Vorgabe des Parlaments, dass im Rahmen des Vorprojekts auch Möglichkeiten zur Verbesserung des Ist-Zustands (Variante 0+) sowie Alternativen zum Zubringer geprüft und erarbeitet werden.

Es ist umstritten, was dieser Kredit den Zubringerprojekten bringt. Denn sollte der Ständerat in der nächste Woche beginnen die Herbstsession wie erwartet beschliessen, dass die beiden Autobahnzubringer Emmental und Oberaargau nicht ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden und somit keine Bundesgelder erhalten, rückt die Finanzierbarkeit der Strassenprojekte in weite Ferne.

Egger verteidigte die Projekte

Regierungsrätin Barbara Egger (SP) verteidigte die Haltung des Regierungsrats, die beiden Projekte auf eigene Kosten voranzutreiben: «Die Zeit drängt. Nichts zu unternehmen und auf den Bund zu warten, ist der falsche

Weg.» Die Verkehrssituation in Burgdorf und Aarwangen sei derart kritisch, dass man die Entlastungsprojekte unbedingt vorantreiben müsse.

Aarwangen leide unter durchschnittlich 14000 Fahrzeugen pro Tag, und davon sei rund jedes Fünfte ein grosser Lastwagen, sagte Egger. Das entspreche der Situation in Worb, wo nun eine Umfahrung gebaut werde. Hinzu komme, dass gemäss Prognosen die Zahl der Fahrzeuge pro Tag bis ins Jahr 2030 auf über 17000 ansteigen werde.

In diesem Zusammenhang wies Egger darauf hin, dass es sich beim Autobahnzubringer Oberaargau eigentlich um eine Umfahrung von Aarwangen handle. Es gehe um eine normale zweispurige Kantonsstrasse. Von einem Autobahnzubringer werde gesprochen, weil der Kanton möchte, dass der Bund das Projekt ins Nationalstrassennetz aufnimmt.

BDP-Grossrat Matthias Tromp (Bern) unterstützte die Verkehrsdirektorin: «Wer vom Bund Geld abholen will, muss mit

fertigen Dossiers unter dem Arm ins Bundeshaus marschieren.» Deshalb müsse der Kanton weitermachen.

Grimm blitzte ab

Als schärfster Kritiker der zwei geplanten Autobahnzubringer trat in der Debatte der Burgdorfer Grossrat Christoph Grimm (Grüne) auf. Er wollte mit einem Rückweisungsantrag erreichen, dass beide Kreditanträge der Regierung scheitern und der Kanton nur auf der Basis der Variante 0+ weiter planen kann. «Immer mehr Strassen lösen das Problem nicht», sagte er. Grimm hatte jedoch keinen Erfolg. Im Fall des Zubringers Oberaargau wurde sein Antrag mit 110 gegen 35 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Huttwiler SP-Grossrat Adrian Wüthrich und sein Roggwiler Parteigenosse Markus Meyer waren anderer Meinung als Grimm. Sie, die dem Projekt gegenüber einst kritisch bis ablehnend gegenüber gestanden waren, wiesen darauf hin, dass sich die Verkehrssituation in Aarwangen mit der erneuten Zunahme des Verkehrs «dramatisch» verschlechtert habe. Insbesondere gebe es immer mehr Lastwagen. Das habe bei ihm zum Umdenken

geführt, sagte Wüthrich. Unter der Auflage der Finanzkommission könnten sie dem Kredit zustimmen, sagten Wüthrich und Meyer. So habe man die Gewähr, dass auch bei der absehbaren fehlenden Finanzierung durch den Bund das Projekt auf der Basis der Variante 0+ ohne Unterbruch weitergetrieben werden könne und man gegebenenfalls nicht wieder bei null beginnen müsse.

Der Langenthaler EVP-Gross- und Stadtrat Daniel Steiner verglich die Verkehrssituation in Aarwangen mit jener in Gösche-

nen. Der Unterschied liege darin, dass diejenige im Urnerland schweizweit bekannt sei. 170 Millionen Franken seien zwar viel Geld, aber mit einem Vorprojekt könnten eben gerade günstigere Alternativen und Möglichkeiten zur Etappierung geprüft werden.

Der Langenthaler Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) wollte mit seinem Ja zum Kredit «ein klares Zeichen an den Bund» aussenden. Zudem gehe es darum, mit dem Zubringer die Wirtschaft zu stärken. *Dominic Ramel*
Philippe Müller

ABSTIMMUNG

So votierten die Oberaargauer Grossräte

Bei der Schlussabstimmung über den Kredit von 2,1 Millionen Franken für die Erarbeitung eines Vorprojekts für den geplanten Autobahnzubringer Oberaargau stimmten die Oberaargauer Grossratsmitglieder gestern folgendermassen ab: **Ja:** Hans Baumberger (FDP, Langenthal), Monika Gyax (BDP, Obersteckholz), Christian Hadorn (SVP, Ochlenberg), Markus Meyer (SP, Roggwil), Thomas Rufener (SVP, Langenthal), Jürg Schürch (SVP, Huttwil), Daniel Steiner (EVP,

Langenthal), Käthi Wälchli (SVP, Obersteckholz), Dieter Wüthrich (SP, Huttwil), Katrin Zumstein (FDP, Bützberg). **Nein:** Nadine Masshardt (SP, Bern/Langenthal).

Sie stimmten damit dem Kredit inklusive Zusatzantrag der Finanzkommission zu, wonach auch Möglichkeiten zur Verbesserung des Ist-Zustands (Variante 0+) sowie Alternativen geprüft und erarbeitet werden müssen. *drh*



Prekäre Verkehrssituation in Aarwangen: Mit dem geplanten Autobahnzubringer Oberaargau soll die Hauptstrasse durchs Dorf entlastet werden. Doch der Bund wird für das Projekt kaum Geld lockermachen, deshalb sollen jetzt auch Alternativen geprüft werden.

Thomas Peter

Selbsthilfe lohnt sich nicht

GERICHT Freiheitsberaubung sei ein schweres Delikt, sagte Gerichtspräsident Adrian Jaisli zu vier Angeklagten, die ausstehende Schulden mit unzimperlichen Methoden eintreiben wollten. Rücksicht auf ihre Situation nahm er beim Urteil.

Wer unzimperlich zur Selbsthilfe greift, um Schulden einzutreiben, ist oft am Schluss doppelt der Dumme. Sein Geld ist weg, und obendrein gibts auch noch eine Strafe: Das erfuhren gestern vor dem Regionalgericht Emmental-Oberaargau vier Beschuldigte, die bei einem in der Schweiz lebenden Portugiesen mit massiven Drohungen Schulden in Höhe von 85000 Franken eintreiben wollten. Dabei waren sie aus Gutmütigkeit in die Falle des späteren Opfers getappt, das nicht einmal ein Minimum an Arglist aufwenden musste, um die hilfsbereiten Kreditgeber zu übertölpeln.

Auf Tauchstation

Der Mann aus Portugal brauchte dringend Geld. Ein Bekannter war bereit, dem verschuldeten Portugiesen zu helfen. Der junge Mann organisierte bei einer befreundeten Familie Geld. Zwei Brüder, eine Schwester und schliesslich auch der Vater liehen ihrem Freund ohne zu fragen insgesamt 85000 Franken, die dieser umgehend an den Portugiesen weiterleitete. Der Portugiese wollte das Geld innerhalb von zwei Monaten zurückzahlen. Doch er zahlte nicht und ging auf Tauchstation.

Vom Erschiessen, vom Entführen nach Kosovo und von Ähnlichem war die Rede.

Den Kreditgebern platzte der Kragen. Zwei Brüder aus der geprellten Familie und der Bekannte beschliessen, dem Schuldner mal kräftig einzuheizen. Auf einem Parkplatz an der Autobahn und anschliessend in einer Garage hielten sie den Portugiesen fest und machten ihm klar, was ihn erwarten würde, wenn er nicht zahlte. Vom Erschiessen, vom Entführen nach Kosovo und von Ähnlichem sei die Rede gewesen, sagte der Portugiese als Zeuge.

Die Karte war leer

Ein mitgeführter Baseballschläger unterstrich den Ernst der Drohungen. Inzwischen war auch der Vater der beiden Brüder dazugestossen, und gemeinsam nahmen sie dem Eingeschücherteten seine Bankkarten ab, nur um festzustellen, dass dessen Konten leer waren. Das Festhalten erfüllte trotzdem den Tatbestand der Freiheitsberaubung.

«Ich verstehe, dass Sie ihr Geld wiederhaben wollten», sagte Gerichtspräsident Adrian Jaisli in der Urteilsbegründung. Doch trotz allem Verständnis liess er keinen Zweifel offen, dass Freiheitsberaubung ein schweres Delikt sei.

Er fällte ein salomonisches Urteil: Die vier, die ohne Anwalt erschienen waren, kamen mit bedingten Geldstrafen zu unterschiedlichen, dem Einkommen angepassten Tagessätzen davon. Probezeit zwei Jahre. Auf eine sogenannte Verbindungsbusse verzichtete das Gericht.

Eduard Nacht

Kreiselschmuck: Kulturkommission soll mitreden

LANGENTHAL Stadtrat Urs Zurlinden ist mit der Antwort des Gemeinderates zum Ankauf des Brunnens im Lindenhof-Kreisel nicht einverstanden. Er verlangt, dass die Kulturkommission beim Schmuck von Verkehrskreiseln zumindest angehört wird.

Auf der Aarwangenstrasse steht der «äthiopische Hornusser», vor dem Lindenhof der «Gynäkologenstein». Dass der Volksmund für den Schmuck von Verkehrskreiseln derartige Namen findet, beweist, dass die Kreisel durchaus als öffentlicher Raum wahrgenommen werden. So sieht es jedenfalls FDP-Stadtrat Urs Zurlinden. Ganz anders argumentiert der Gemeinderat: Die Gestaltung von Verkehrskreiseln unterstehe lediglich sicherheitspezifischen Anforderungen. Die

Flächen in den Kreiseln seien «nicht als wesentliche Elemente des öffentlichen Raumes zu verstehen».

Zurlinden hatte mit einer Interpellation Auskunft verlangt zum Kauf des Brunnens von Housi Knecht im Lindenhof-Kreisel. Der Ankauf wurde vom Gemeinderat beschlossen. Die Kulturkommission war nicht gefragt worden. Und die an den früheren Besitzer Kurt Steineberg bezahlten 15000 Franken entsprechen dem gesamten Jahresbudget der Kulturkommission für die Ankäufe von Kunst.

«Prägt das Stadtbild»

Zurlinden fragte unter anderem: Aufgrund welcher Kriterien würdige dieser Ankauf getätigt? Der Gemeinderat antwortet: «Der Standort des Brunnens bewährte sich über mehrere Jahre und

prägt seither positiv das Stadtbild.» Der Kaufpreis sei in Verhandlungen mit dem Eigentümer ermittelt worden. Und weiter: «Der Gemeinderat entscheidet abschliessend und ohne Anhörung vorberatender Kommissionen über die Platzierung von Kreiselschmuck. Verkehrsinseln werden nicht als potenzieller Standort für Kunstobjekte verstanden.»

Dass der Brunnen von Housi Knecht das Stadtbild positiv präge, ist laut Zurlinden sehr umstritten. Dass offenbar Steuer-schulden des Eigentümers für den Ankauf mitverantwortlich waren, sei höchst problematisch. Die Ermittlung des Preises ebenfalls. Zurlinden ist mit den Antworten des Gemeinderates nicht einverstanden und wird einen neuen Vorstoss einreichen. Er fordert, der Gemeinderat müsse

vor weiteren Entscheiden die Kulturkommission anhören. «Es muss nicht in jedem Kreisel ein Kunstwerk stehen», so Zurlinden, «es können Grünpflanzen sein wie an der Thunstettenstrasse. Aber man muss darüber diskutieren, wir brauchen Kriterien. Es kann nicht sein, dass Firmen oder Private wie in einem Jekami aufstellen, was sie wollen.»

Öffentliches Ärgernis

Tatsächlich werden einige Langenthaler Kreisel von der Bevölkerung eher als Ärgernis denn als Schmuck wahrgenommen. Dazu gehören die Motorex-Fässer auf der Bützbergstrasse oder der «Sanitär-Schrott» bei der Migros. Umstritten sind die von den Jungliberalen bemalten Stellen beim Brünneli. Aber auch der «äthiopische Hornusser» gefällt nicht allen. Die Figur von

Schang Hutter gehört Urs Zurlinden. Er hat sie der Stadt zu einem symbolischen Betrag «vermietet». Weil er der Ansicht ist, Kunst solle nicht gratis sein, bekommt er dafür jährlich ein Prozent des Verkehrswertes. «Das ist im Budget transparent aufgeführt und jederzeit kündbar», sagt Zurlinden. In diesem Fall hat die Kulturkommission beratend mitgewirkt.

Zurlinden hat überhaupt nichts dagegen, dass Firmen einen Kreiselschmuck finanzieren. Sie sollen jedoch nicht mehr unkontrolliert öffentlichen Raum besetzen können. Wie wichtig Kunst im öffentlichen Raum ist, so Zurlinden, habe die aktuelle Ausstellung L'Art im Ortskern verdeutlicht. «Die vom Gemeinderat angewendete Regelung ist heute jedenfalls nicht mehr zu mutbar.» *Robert Grogg*